

Standorte für Neuen Wehrdienst: Zunächst acht neue Liegenschaften identifiziert

9.7.2026 - Florian Manthey | Bundesministerium für Verteidigung

Die Bundeswehr braucht Platz für den Aufwuchs - Kasernen, Depots und Übungsplätze werden benötigt. Besonders zeitkritisch ist die Schaffung von Kapazitäten für den Neuen Wehrdienst. Dafür wurden nun zunächst acht ehemalige militärische Liegenschaften identifiziert. Darüber hinaus werden noch weitere Liegenschaften geprüft - der Bericht zum Sachstand.

Um ihren Kernauftrag, die Landes- und Bündnisverteidigung, wieder erfüllen zu können, ist die Bundeswehr gewachsen und wird weiter wachsen. Bis 2035 soll sie über mindestens 260.000 Zeit- sowie Berufssoldaten und -soldatinnen sowie 200.000 Reservistinnen und Reservisten verfügen. Deshalb benötigen die Streitkräfte mehr Infrastruktur, insbesondere für die Unterbringung und Ausbildung der neuen Wehrdienstleistenden. Die Vorbereitungen für den Neuen Wehrdienst laufen auf Hochtouren. Kürzlich wurden die Standortentscheidungen für die neuen 24 Musterungszentren in Deutschland gefällt. Dort werden die für die Musterung benötigten Kapazitäten aufgebaut.

Mehr Flächen und Infrastruktur für die Bundeswehr

Der zum 1. Januar 2026 geschaffene Neue Wehrdienst dient vor allem dem weiteren Aufbau der Reserve. Reservistinnen und Reservisten ermöglichen im Krisenfall einen schnellen Aufwuchs der Streitkräfte, müssen aber zunächst ausgebildet, versorgt und untergebracht werden. Damit übersteigt der Bedarf an Flächen und Infrastruktur weit den gegenwärtigen Bestand der Bundeswehr.

Der Aufwuchs der Bundeswehr steht und fällt mit der Infrastruktur. Hierzu werden die Rahmenbedingungen geschaffen.

Gesamtkonzeption der militärischen Verteidigung

Um so schnell wie möglich den notwendigen Bedarf der Bundeswehr zu decken, hatte das Verteidigungsministerium schon im vergangenen Jahr den Konversionsprozess ehemaliger militärischer Liegenschaften ausgesetzt. Konversion meint die Überführung von ehemaligen Militärflächen in eine zivile Nutzung.

Für 187 ehemalige militärische Liegenschaften und weitere 13 Liegenschaften, die die Bundeswehr noch betreibt, ruht dieser Prozess seither. Zudem wurden in diesem Jahr weitere 27 Liegenschaften identifiziert, die sich ebenfalls für eine künftige Nutzung durch die Bundeswehr eignen könnten. Bei Feststellung der Eignung für die Bundeswehr und Gesprächen mit den betroffenen Ländern und Kommunen können die Gelände in die sogenannte Strategische Liegenschaftsreserve überführt werden. Nicht geeignete Liegenschaften werden aus dem Moratorium wieder für die Konversion - und damit für die zivile Nutzung - freigegeben. Das betrifft bislang 40 Liegenschaften.

Eine endgültige Entscheidung steht zwar noch aus, aber acht ehemals militärisch genutzte Liegenschaften würden sich für den Neuen Wehrdienst eignen

© Bundeswehr/Astrid Höffling | Kartenbasis: © MapCreator/OpenStreetMap

Bei der bundesweiten Erkundung im Rahmen des Moratoriums wurden nun zunächst acht ehemalige

Bundeswehr-Liegenschaften identifiziert, die sich für diese Zwecke besonders gut eignen und bereits in der Vergangenheit militärisch genutzt wurden:

- Rantzau-Kaserne in Boostedt
- Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne in Cuxhaven
- Kurpfalz-Kaserne in Speyer
- JHQ ehemaliges NATO-Hauptquartier mit dem Wegberger Militärkomplex als Standortübungsplatz in Mönchengladbach
- Unteroffizier-Krüger-Kaserne inklusive des Standortübungsplatzes in Kusel
- Ray Barracks mit ehemaligem US-Übungsplatz Ockstadt als Standortübungsplatz in Friedberg
- Graf-Stauffenberg-Kaserne mit dem Standortübungsplatz in Sigmaringen
- Kanaal-van-Wessem-Kaserne in Soest.

Bundeswehr sucht den Dialog

Derzeit sind die Standorte noch im Portfolio der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Vor einer abschließenden Entscheidung für die militärische Reaktivierung der Liegenschaften werden Standortdialoge stattfinden, um auch die Interessen vor Ort in die Planungen mit einzubeziehen und diese soweit möglich auch entsprechend zu berücksichtigen.

Bereits 40 Liegenschaften wurden bundesweit wieder für den Konversionsprozess freigegeben und können damit für die zivile Nutzung entwickelt werden

© Bundeswehr/Astrid Höffling | Kartenbasis: © MapCreator/OpenStreetMap

Alle Liegenschaften, die unter das Moratorium fallen, werden derzeit weiter von der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) auf deren Eignung für eine mögliche zukünftige militärische Nutzung überprüft. Denn neben den acht bereits identifizierten möglichen Standorten benötigt die Bundeswehr für den personellen und materiellen Aufwuchs noch weitere Standorte – neben Kasernen zum Beispiel auch weitere Munitionslager und Übungsflächen. Überprüft wird in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen. Zudem wurde vom Verteidigungsministerium ein Bericht zum aktuellen Stand der Liegenschaftsprüfungen dem politischen Raum in dieser Woche übermittelt. Der Bericht mit einer Auflistung der betroffenen Standorte steht hier zum Download bereit. (PDF, 291,2 KB)

Übersicht Konversionsprozess (Stand: 6/2026)

Initial betroffene Moratoriumsliegenschaften aus dem Portfolio der BImA	187
2026 zusätzlich aufgenommene Moratoriumsliegenschaften	27
Freigegebene Moratoriumsliegenschaften	40
Insgesamt in der Untersuchung befindliche Moratoriumsliegenschaften	174

Um so schnell wie möglich Klarheit über die künftige Nutzung der Liegenschaften im Moratorium zu schaffen, sollen die Untersuchungen voraussichtlich Ende 2026 abgeschlossen werden. Mit dem in der vergangenen Woche vom Bundeskabinett beschlossenen Infrastrukturbeschleunigungsgesetz können mögliche neue Bundeswehr-Standorte dann bei Bedarf zügig wieder in die militärische Nutzung überführt werden.

von Florian Manthey

<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/neue-bundeswehr-standorte-fuer-neuen-wehrdienst-6101802>